

Interne Mitteilung

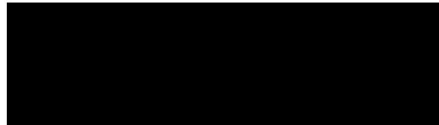
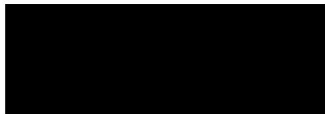
An: - Betriebsrat
- Frau [REDACTED] V13

Von: [REDACTED]
Tel.: [REDACTED]
Datum: 14.09.1983

Betrifft: "Friedenstag" im HMI

Aufgrund einer parlamentarischen Anfrage an das BMFT
/
(siehe Anlage) hat die Geschäftsführung eine entsprechende
/
Antwort abgegeben (siehe Anlage).

Nach Auffassung der Geschäftsführung sollten Veranstaltungen, die keinen dienstlichen Charakter haben, grundsätzlich außerhalb der regulären Dienstzeit stattfinden.



Anlagen

VERMERK

Parlamentarische Anfrage des Abgeordneten Lenzer
an das BMFT vom 2. September 1983

Telefonische Nachfrage von [REDACTED] Ref.213

Text der Anfrage siehe Vermerk vom 14.09.1983.

Folgende Antwort soll telefonisch an [REDACTED] durch-
gegeben werden:

Zu 1

Die ÖTV-Betriebsgruppe im HMI hat gemeinsam mit einer HMI-Friedensgruppe zur Diskussion über die Gestaltung eines HMI-Friedenstages geladen. Die Geschäftsführung des HMI wird darauf hinwirken, daß solche Aktivitäten nur außerhalb der Dienstzeit stattfinden.

Zu 2

Die Bearbeitung staatlicher Forschungsaufträge, auch militärischer Art, ist bisher weder von Teilbereichen des HMI noch von einzelnen Mitarbeitern abgelehnt worden. Militärische Forschung ist im übrigen aufgrund § 2 Abs. 4 Gesellschaftsvertrag im HMI nicht zulässig.

gez [REDACTED]

Anlagen

[REDACTED]

Anfrage von Herrn Lenzer am 2.9. an das BMFT
Durchgegeben von [REDACTED]

Ich frage die Bundesregierung:

1. Trifft es zu, daß in Räumlichkeiten staatlicher Forschungseinrichtungen während der Arbeitszeit Versammlungen von Mitarbeitern stattfinden, die u.a. dazu dienen, Überlegungen zum Protest gegen den Nato-Doppelbeschluß anzustellen, Protestresolutionen zu verfassen bzw. zusätzliche Aktionen zu beschließen, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung dazu zu unternehmen.
 2. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, ob Teilbereiche staatlicher Forschungseinrichtungen bzw. einzelne Mitarbeiter die Bearbeitung staatlicher Forschungsaufträge, auch militärischer Art, ablehnen, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls dagegen zu unternehmen.
- [REDACTED]